

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuss)

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Josef Philip Winkler, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/3541 –**

Für eine Initiative der Bundesregierung mit dem Ziel einer humanitären, kohärenten und nachhaltigen Ausrichtung der europäischen Flüchtlingspolitik

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/5109 –**

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft für eine grundlegende Wende der europäischen Migrations- und Flüchtlingspolitik nutzen

A. Problem

Zu Nummer 1

Mit dem Antrag fordert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Bundesregierung dazu auf, eine aus ihrer Sicht humanitäre Flüchtlingspolitik zu gestalten. Hierzu werden konkrete Forderungen aufgelistet, u. a. die Anwendung des humanitären Seerechts, die Anwendung der völkerrechtlichen Flüchtlings- und Menschenrechte, die Berücksichtigung der Bedürfnisse schutzbedürftiger Personengruppen bei Rückführungen, eine aktive Aufnahme von Flüchtlingen sowie ein ausgewogenes asyl- und migrationspolitisches Gesamtkonzept der EU.

Zu Nummer 2

Die Fraktion DIE LINKE. möchte mit dem Antrag die Bundesregierung dazu bewegen, sich für eine grundlegende Neuausrichtung der europäischen Migrations-, Flüchtlings- und Integrationspolitik einzusetzen. Zur Erläuterung dieser Neuausrichtung werden umfassende Leitlinien vorgeschlagen, wie die Beseitigung aller Benachteiligungen und Diskriminierungen von Migrantinnen, der Verzicht auf weitere Handelsliberalisierungen mit den afrikanischen, asiatischen und südamerikanischen Ländern, die Rücknahme der Regelung zu sicheren Drittstaaten, EU-weit abgestimmte Legalisierungsmöglichkeiten für Migrantinnen und die Einstellung der Unterstützung für die europäische Grenzschutzagentur Frontex.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/3541 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/5109 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/3541 bzw. Annahme des Antrags der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 16/5109.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/3541 abzulehnen,
2. den Antrag auf Drucksache 16/5109 abzulehnen.

Berlin, den 24. Oktober 2007

Der Innenausschuss

Sebastian Edathy
Vorsitzender

Reinhard Grindel
Berichterstatter

Rüdiger Veit
Berichterstatter

Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Josef Philip Winkler
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Reinhard Grindel, Rüdiger Veit, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Ulla Jelpke, Josef Philip Winkler

I. Zum Verfahren

1. Überweisung

- a) Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf **Drucksache 16/3541** wurde in der 76. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Januar 2007 an den Innenausschuss federführend sowie an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.
- b) Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 16/5109** wurde in der 94. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. April 2007 an den Innenausschuss federführend sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

- a) Voten zu Bundestagsdrucksache 16/3541
 - aa) Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 39. Sitzung am 4. Juli 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP in Abwesenheit der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/3541 abzulehnen.
 - bb) Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 34. Sitzung am 28. März 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/3541 abzulehnen.
 - cc) Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 31. Sitzung am 28. März 2007 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/3541 abzulehnen.
- b) Voten zu Bundestagsdrucksache 16/5109
 - aa) Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 43. Sitzung am 13. Juni 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimment-

enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/5109 abzulehnen.

- bb) Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 71. Sitzung am 4. Juli 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/5109 empfohlen.
- cc) Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 52. Sitzung am 13. Juni 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/5109 empfohlen.
- dd) Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 36. Sitzung am 13. Juni 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/5109 abzulehnen.
- ee) Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 37. Sitzung am 12. Juni mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/5109 empfohlen.
- ff) Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 42. Sitzung am 4. Juli 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/5109 abzulehnen.
- gg) Der **Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 35. Sitzung am 13. Juni 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/5109 empfohlen.

3. Beratungen im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat die Anträge auf Drucksachen 16/3541 und 16/5109, die auch Gegenstand der großen Anhörungsrunden des Innenausschusses am 21. und 23. Mai 2007 sowie am 5. Juni 2007 zum Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien

der Europäischen Union (Drucksache 16/5065) und weiterer Vorlagen waren, in seiner 51. Sitzung am 24. Oktober 2007 abschließend beraten.

Als Ergebnis der Beratungen wurde empfohlen, mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/3541 abzulehnen.

Darüber hinaus empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 16/5109 abzulehnen.

II. Zur Begründung

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärt, dass die Vorschläge ihres Antrags bislang nicht aufgegriffen worden seien, die Probleme aber weiter bestünden. So sei der deutsche Beitrag zu Frontex unzureichend, die Arbeit der Agentur ineffizient, für die Zivilschiffahrt gebe es keine Rechtsklarheit, ob sie Bootsflüchtigen ohne das Risiko der eigenen Strafverfolgung Hilfe leisten könne, und die ungleiche Lastenverteilung innerhalb der EU-Mitgliedstaaten, was die Flüchtlingsaufnahme angehe, bestehe fort. Es sollte Konsens bestehen, dass eine Verbesserung in diesen Punkten und die Vorlage eines schlüssigen migrationspolitischen Gesamtkonzepts erforderlich seien. Dadurch würden auch keine neuen Pull-Faktoren geschaffen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** legt dar, eine grundlegende Wende in der europäischen Migrations- und Flüchtlingspolitik sei nötig. Man müsse wegkommen von dem bisherigen, auf reinen Nützlichkeitsabwägungen beruhenden Ansatz. Die in ihrem Antrag geforderten Punkte seien nicht umgesetzt worden. Es müsse weiterhin darum gehen, die Beachtung des Völkerrechts zu gewährleisten, Diskriminierungen

von Migranten zu beseitigen, die Regelung sicherer Drittstaaten aufzuheben, Migranten zu legalisieren und die Grenzschutzagentur Frontex in ihrer jetzigen Form abzuschaffen.

Die **Fraktion der FDP** hält die Intentionen der Anträge für weitgehend richtig. Jedem müsse an einer effektiveren Seenotrettung, einer Verbesserung der Arbeit von Frontex und einer Harmonisierung der europäischen Flüchtlingspolitik gelegen sein. Inwieweit man mit einer harmonisierten Politik Gefahr laufe, neue Pull-Faktoren zu schaffen, müsse im Einzelfall durch Evaluierungen geklärt werden. Den Antrag der Fraktion DIE LINKE. könne man aber wegen seines konfrontativen Ansatzes nicht mittragen. Im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fehlten konkretere Ausführungen zu der wichtigen Frage, wie man mit den Herkunftsländern der Flüchtlinge gemeinsam Problemlösungen erarbeiten könne.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und SPD** betonen, dass die Anträge die Sachlage nicht korrekt wiedergäben. Die Grenzschutzbehörden der Mitgliedstaaten wüssten um ihre Verpflichtung, in Seenot befindliche Flüchtlinge zu retten, und handelten dem Völkerrecht entsprechend. Ermittlungen gegen Hilfe leistende Seeleute hätten ihren Grund nicht in der unklaren Rechtslage, sondern darin, dass man in den betroffenen Staaten versuche, die bislang unzureichende Verfolgung der Schleuserkriminalität zu verstärken, und daher allen Verdachtsmomenten nachgehe. Deutschland verhalte sich schließlich nicht passiv, sondern habe sich mit Hubschraubern an den Frontexaktionen beteiligt. Die Anträge gingen aber auch an der Sache vorbei: Die Gefährdung von Flüchtlingen auf den Schleuserouten könne besser vermieden werden, indem man durch Schutz der Außengrenzen, konsequente Rückführungsaktionen und Hilfe vor Ort die illegale, ungesteuerte Migration zum Erliegen bringe. Wer neue Pull-Faktoren schaffe, könne indirekt auch die Flüchtlinge gefährden.

Berlin, den 24. Oktober 2007

Reinhard Grindel

Berichterstatter

Rüdiger Veit

Berichterstatter

Hartfrid Wolff (Rems-Murr)

Berichterstatter

Ulla Jelpke

Berichterstatlerin

Josef Philip Winkler

Berichterstatter

